

GASTKOMMENTARE

Die Ansichten der Gastkolumnisten können von jenen der Redaktion abweichen.

Kehrtwende

Spitzenkoch Humm folgt dem Zeitgeist



Karin Kofler
Freischaffende
Publizistin

Es war eine bemerkenswert radikale Entscheidung: Nach der schwierigen Coronazeit drückte Starkoch Daniel Humm 2021 die Reset-Taste. Der Schweizer Foodkünstler richtete sein New Yorker Edellokal Eleven Madison Park völlig neu aus und kündigte an, fortan nur noch vegan aufzutischen respektive auf Fleisch, Fisch und andere tierische Produkte zu verzichten. Seine Begründung war nachvollziehbar: Angesichts des Klimawandels müsse Luxus anders definiert werden – mit nachhaltiger Speisekarte. Humm, der kulinarische Avantgardist, wurde dafür gefeiert.

Dieser Tage nun die Kehrtwende. Ab Mitte Oktober kommt in Humms Dreisternelokal (Menüpreis: 365 Dollar) nach vier Jahren Enthaltsamkeit wieder Fleisch auf den Tisch. Immerhin versuchte der Schweizer Spitzenkoch gar nicht erst, das Ganze kommunikativ so zu verkaufen, als ginge es um einen wohldurchdachten Philosophiewandel. Er gestand, dass ihn knallharte wirtschaftliche Gründe zu diesem Schritt bewogen hatten. Der Schweizer Tausendsassa, der seit kurzem mit der US-Schauspielerin Annabelle Dexter-Jones verheiratet ist, hat den Markt schlicht falsch eingeschätzt. Private Bankette – eine relevante Einnahmequelle in der Spitzengastronomie – gingen plötzlich nicht mehr so flockig ins Reservationsbuch ein wie zuvor. «Es ist schwierig, dreissig Personen für ein Geschäftsessen in ein pflanzenbasiertes Lokal zu bekommen», erklärte der Schweizer Vorzeigekoch.

Dieser Entscheid löste eine Kontroverse aus. Die einen sehen den 48-Jährigen als Verräter, die Karnivoren klatschen schadenfreudig in die Hände vor Freude darüber, dass der Geläuterte mit seinem zukunftsgerichteten Ansatz gescheitert ist. Die Polarisierung zeigt sich auch hier.

Humms Rückkehr zum Fleisch mag wirtschaftlich Sinn machen – gleichzeitig ist sie eine subtile politische Ansage. Seine Spitzkehre trifft den Zeitgeist und die Anti-woke-Stimmung, die seit dem Machtwechsel in Washington rund um den Globus wabert. Werte scheinen kein Langfristprojekt mehr zu sein, sondern ein Accessoire, das ausgewechselt wird, wenn es nicht mehr passt.

Im Weissen Haus wird diese Formbarkeit von Haltungen ja täglich zelebriert, die Wirtschaft zieht nach. Globale Konzerne haben ihre über Jahrzehnte aufgebauten Diversity-Aktivitäten aufgrund des Drucks aus Washington in Windeseile so radikal eingedampft, als habe es sie nie gegeben. Und auch in der Schweiz steigt der Frauenanteil in Geschäftsleitungen seit Jahren nur im Schnecken-tempo. Dieselben Manager, welche die junge Klimaaktivistin Greta Thunberg 2020 am WEF umsäuselten und ihre Weitsicht lobten, spötteln heute beim Businesslunch gerne über die Schwedin. Internationale Konzerne reduzieren ihre Nachhaltigkeitsziele, fossile Brennstoffe sind wieder im Aufwind, Bundesrat Albert Rösti will das lange sakrosankte AKW-Verbot kippen.

Kurzum: Wir sind auf vielen Ebenen in einer Backlash-Phase. Wenn da ein veganer Überzeugungstäter von der Prominenz eines Daniel Humm plötzlich wieder tierisch kocht, kommt einem unweigerlich die Phrase «Where's the beef?» in den Sinn. Wo ist die Substanz? Der 48-jährige Küchenpromi will zwar weiterhin seine veganen Menüs anbieten. Doch er ist sich der Wirkung seines U-Turns bewusst, wie er der «New York Times» verriet: «Ich habe ein bisschen Angst, dass die Leute sagen: 'Oh, er ist ein Heuchler.'»

Viele Unternehmen opfern derzeit einen Teil ihrer Werte dem politischen Druck und der allgemeinen Rückkehr des Konservatismus. In der Post-Trump-Ära wird die eigentliche Akrobatik auf sie warten: die Kehrtwende von der Kehrtwende.

Karin Kofler ist regelmässig Kolumnistin der Handelszeitung.

Steuerpolitik

Vorteil für Hausbesitzer und Gutverdiener



Serge Gaillard
Ökonom und ehemaliger Direktor
der Eidgenössischen Finanzverwaltung

«Mieter können die Mieten nicht vom Einkommen abziehen.»

Mieter und künftige Eigentümer.

Auch die Individualbesteuerung schafft mehr Ungerechtigkeiten, als sie beseitigt. Insbesondere werden traditionell lebende Ehepaare erheblich höhere Steuern bezahlen müssen, während Ehepaare mit zwei hohen Löhnen deutlich entlastet werden. Der Steuerrechner des «Tages-Anzeigers» ermöglicht Vergleiche, und die sind krass: Eine Familie mit zwei Kindern und einem Haushaltseinkommen von 180 000 Franken bezahlt nur noch Bundessteuern in Höhe von rund 1350 Franken, wenn das Einkommen je

häufig von den Partnern erarbeitet wird. Den sechsmal höheren Betrag oder rund 8500 Franken Bundessteuern muss die Familie bezahlen, wenn das Einkommen nur von einem der Partner stammt. Gewinner der Reform sind aber vor allem Ehepaare mit Einkommen von über 400 000 Franken. Sie sparen Tausende von Franken allein bei der direkten Bundessteuer. Diese Ungleichbehandlungen werden sich noch verschärfen, weil die Kantone gezwungen werden, den Systemwechsel ebenfalls zu vollziehen.

Höhere Mehrwertsteuer: Beide Vorlagen stammen aus einer Zeit, in welcher der Bund genug Geld für unnötige und teure Reformen hatte. Die Abschaffung des Eigenmietwerts kostet den Bund rund 400 Millionen Franken, die Einführung der Individualbesteuerung rund 600 Millionen. Auch ohne diese kostspieligen Reformen fehlen dem Bund in den nächsten Jahren rund 3 bis 4 Milliarden Franken. Deshalb will der Bundesrat mit einem Entlastungspaket 2,5 bis 3 Milliarden Franken einsparen.

Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, dass diese Einnahmeausfälle eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Folge haben werden. Diese soll gemäss dem Vorschlag des Bundesrats bereits um 0,7 Prozentpunkte erhöht werden, um die 13. AHV-Rente zu finanzieren. Werden die zwei Steuervorlagen von der Bevölkerung angenommen, ist mittelfristig mit 0,3 zusätzlichen Prozentpunkten zu rechnen. Damit wird die Umverteilung sichtbar: Die gesamte Bevölkerung finanziert Steuererleichterungen für Eigenheimbesitzer und für Ehepaare mit sehr hohen Einkommen.

Serge Gaillard ist regelmässig Kolumnist der Handelszeitung.

Sprache

Woke und Joke



Klaus Wellershoff
Ökonom bei Wellershoff & Partners

«Die Wirklichkeit hält sich nicht an unsere Sprachverdrehungen.»

Nicht nur Daten werden angezweifelt. Auch grundlegende wissenschaftliche Erkenntnisse werden infrage gestellt. So will an der Wall Street kaum noch einer glauben, dass es jemals brauchbare Aussagen der Ökonomie zu den wichtigen volkswirtschaftlichen Zusammenhängen gegeben hat. Dass Zölle den Wohlstand eines Landes mindern, wurde immer wieder nachgewiesen. Dass sie mit etwas Verzögerung zu einer Mischung aus höherer Inflation und tieferen Unternehmensgewinnen führen, ist bekannt.

Und doch wollen die Finanzmärkte davon nichts mehr wissen. Um der Wirklichkeit nicht ins Auge blicken oder den Regierenden nicht widersprechen zu müssen, werden stattdessen die absurdesten Theorien erfunden. Preiserhöhungen aufgrund von Zöllen seien keine

Inflation. Das ist ein Widerspruch in sich. Inflation ist ein Mass der Preiserhöhung. Sprache wird aufgelöst. Schwarz ist nicht mehr schwarz.

Die Wirklichkeit hält sich aber nicht an unsere Sprachverdrehungen. Tatsächlich hat die Kerninflation seit Frühling ihren Rückgang beendet und steigt nun wieder. Kein Grund also, an bewährten Theorien zu zweifeln. Aber halt! Nach Meinung der Rechtspopulisten sind ja die Daten falsch. Wie liess Astrid Lindgren Pippi Langstrumpf singen? «Ich mach mir die Welt, widde-widde wie sie mir gefällt.» Kinderbuchautoren wussten wohl schon immer, wie es geht. Nicht nur in Schweden oder Deutschland.

Sprachliche und sachliche Realitätsverweigerung gehen aktuell Hand in Hand. Dagegen müssen wir Bürger uns wehren, denn sonst können wir keinen vernünftigen gesellschaftlichen Diskurs mehr führen. Ob linksautoritäre oder rechtspopulistische Sprachverdrehung tut dabei nichts zur Sache. «Woke» ist vielleicht zu Unrecht zum Schimpfwort geworden. Aber die linksautoritäre Sprachveränderung zur Volks-erziehung hat unsere Gesellschaft polarisiert. «Joke» müsste man eigentlich das Gegenstück nennen, das in der Folge rechtspopulistische Sprachauflöser nicht nur in den USA betreiben. Aber auch das Auflösen von Sprache und Logik und das Leugnen von Fakten lösen kein einziges Problem. Im Gegenteil.

Staatlich verordnete Sprachveränderung ist deshalb nicht tolerierbar, weil sie unsere Wahrnehmungsmöglichkeiten verändern will. Sie ist ein schwerwiegender Angriff auf die Meinungsfreiheit, weil sie uns bevormundet. Ohne gemeinsame Sprache und Akzeptanz von Daten fehlt uns die Grundlage für einen konstruktiven, gesellschaftlichen Dialog. Reale Probleme lassen sich so weder besprechen noch lösen.

Wahrhafte Demokraten lassen sich das nicht gefallen! Wir brauchen weder woke noch Joke! Weder in den USA noch bei uns!

Klaus Wellershoff ist regelmässig Kolumnist und Co-Host von «Handelszeitung Morning-Call».